IV. Gäste

1.	Herr Nolte, Bez.Reg. Münster, Dez. 33	zu TOP I.3
2.	Frau Bix, Bez.Reg. Münster, Dez. 33	zu TOP I.3
3.	Herr Nießen, Bez.Reg. Münster, Dez. 33	zu TOP I.3
4.	Herr Pelz, FB 66.3, Kreis Borken	zu TOP I.3
5.	Herr Zandstra, Watershap Rijn en Ijssel, Doetinchem	zu TOP I.3
6.	Herr Winterkamp, Gutachterbüro WWK Warendorf	zu TOP I.4
7.	Herr Wiemer, FB 51.1, Kreis Borken	zu TOP I.5
8.	Herr Gewering, Zentralrendantur Ahaus-Vreden	zu TOP I.5
9.	Herr Bonhoff, Verbundleiter Kindergärten	zu TOP I.5
10.	Herr Dipl. Ing. Gantefort, Architekt	zu TOP I.5

Der Vorsitzende (BM) stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Der **BM** schlägt vor, die Tagesordnungspunkte (Förderanträge) I.19 – I.21 abzusetzen.

Beschluss: Einstimmig

Die Tagesordnungspunkte

- I.19 „Förderung Anbau Probengebäude Musikkapelle“,
- I.20 „Förderung KFK Rot-Weiß Südlohn e.V.“ und
- I.21 „Förderung Reit- und Fahrverein Südlohn-Oeding e.V.“

werden von der Tagesordnung abgesetzt.

Vorgeschlagen wird, diese Punkte im Kultur- und Sportausschuss am 12.11.2014 zu behandeln.

Weitere Änderungs- und Ergänzungswünsche werden nicht vorgebracht.

I. Öffentlicher Teil:

TOP 1.: Anerkennung der Niederschrift der letzten Sitzung

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 24.09.2014 werden nicht erhoben. Sie ist damit anerkannt.

Beschluss: -/-

TOP 2.: Einwohnerfragestunde

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Zur Sitzung sind keine Einwohnerfragen eingegangen.

Beschluss: -/-

TOP 3.: Grenzüberschreitendes Gewässerkonzept Schinge / Boven Slinge

Sitzungsvorlage-Nr.: 138/2014

Herr Nolte, Bezirksregierung Münster, Dez. 54.5, Wasserwirtschaft, Hochwasserschutz stellt das Gewässerkonzept vor, einzusehen unter www.brms.nrw.de/schlinge-projekt.

Herr Pelz, Kreis Borken, FB Natur und Umwelt trägt zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie vor und betont, dass Synergien genutzt werden müssen. Der Landschaftsplan der Gemeinde Südlohn wird zurzeit vom Kreis erstellt. Nächstes Jahr werden erste Entwürfe vorgestellt.

Frau Bix, Bezirksregierung Coesfeld, Dez. 33, Ländliche Entwicklung und Bodenordnung betont das Interesse an der Umsetzung von Maßnahmen mitzuwirken, da wg. Grundstücksangel diese nur schwer umzusetzen sind. Überzeugungsarbeit müsse geleistet werden sowie eine bessere Ordnung der Besitz- und Eigentumsverhältnisse. Sie spricht das sehr lange engmaschige Wegenetz (116 km) an. Die Ansprüche in der Landwirtschaft haben sich verändert. Die EU plant eine neue Förderrichtlinie, die voraussichtlich im Herbst veröffentlicht wird. Das Wegenetz sollte reduziert werden, auch um Unterhaltungskosten einzusparen.

Die Bezirksregierung schlägt vor, mit den Eigentümern zu sprechen. Parallel sollte das Wegenetzkonzept in Gang gebracht werden. Auch der Kreis Borken unterstützt dies.

Die **SPD-Fraktion** ist für diese Vorgehensweise, sieht die Umsetzung aber eher skeptisch.

Der **BM** erklärt dazu, dass bereits erste Gespräche durchgeführt wurden mit dem Ziel, den Eigentümer im Außenbereich, insbesondere den Landwirten, die Thematik näher zu bringen.

Herr Nießen, Bezirksregierung Coesfeld, Dez. 33, Ländliche Entwicklung und Bodenordnung ergänzt, dass ein Vorrangwegenetz entwickelt werden könnte, welches gefördert wird.

Die **UWG-Fraktion** ist der Meinung, dass bei so einem Mammutprojekt Überzeugungsarbeit geleistet werden müsse. Die Fraktion erkundigt sich nach der Finanzierung.

Herr Nolte teilt mit, dass erst die Maßnahmen klar sein müssten, um dann die Planungskosten zu ermitteln. **Herr Nießen** ergänzt, dass die Fördermittel noch nicht feststehen, aber günstige Quoten von möglicherweise bis zu 75 % erwartet werden. Ein Prioritätenkatalog müsse erstellt werden.

Die **CDU-Fraktion** staunt über den Optimismus seitens der Bezirksregierung und des Kreises und fragt an, mit welchen Maßnahmen begonnen werden soll.

Die Bezirksregierung, Dez. 33, Ländliche Entwicklung und Bodenordnung, stellt die Lösungsansätze vor. Zurzeit sei kein Maßnahmenplan vorhanden, es bestünde aber die Möglichkeit, punktuell zu unterstützen und zunächst „kleinere“ Lösungen zu suchen. Auch seitens der Verwaltung wird mitgeteilt, dass die Eigentümer im Außenbereich mit einbezogen werden müssen und ein jeweils aktueller Austausch mit ihnen Ziel führend ist.

Die **SPD-Fraktion** bekundet ihr Interesse, es wohlwollend zu begleiten und zu beginnen.

Herr Zandstra, Waterschap –Rijn Ijssel Doetinchem freut sich über die gute grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Landwirten und ergänzt den Stand auf der niederländischen Seite. Er wünscht sich, auch weiterhin grenzübergreifende Maßnahmen durchzuführen.

Der **BM** bedankt sich bei allen Gästen und betont, dass Hochwasserschutz kein Luxus sei, sondern eine Notwendigkeit.

Beschluss: **23 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Der Gemeinderat nimmt die Planung zustimmend zur Kenntnis und unterstützt die Planung konkreter Maßnahmen aus den bisherigen Planungsergebnissen des Gewässerkonzepts und der Wasserrahmenrichtlinie.

TOP 4.: Konzept zur Windenergienutzung in der Gemeinde Südlohn

Sitzungsvorlage-Nr.: 139/2014

Herr Winterkamp vom Gutachterbüro WWK aus Warendorf stellt die Methodik und das Konzept vor. Die Präsentation ist als Anlage dieser Niederschrift beigelegt.

Herr Winterkamp stellt abschließend fest, dass im Gemeindegebiet nur noch wenig Potential für Windenergienutzung besteht.

Der **BM** bedankt sich bei Herrn Winterkamp.

Die **SPD-Fraktion** denkt über ein energieautarkes Konzept für die Gemeinde Südlohn nach und stellt folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Zukunftswerkstatt der Bürgerstiftung in Bezug auf Energieautarkie der Gemeinde zu erörtern und eventuell ein Konzept zu erarbeiten, angelehnt an das Saerbecker Modell. *(Anmerkung zu Saerbeck: Die Energie, die in der Kommune erzeugt wird, bleibt in der Kommune, sie hat sich also unabhängig von Energieversorgern gemacht.)*

Fragen seitens der Ratsmitglieder wurden von Herrn Winterkamp beantwortet. Ob die Versorgung in der Gemeinde Südlohn wie am Beispiel Saerbeck insbesondere über Windenergie möglich sei, stellt Herr Winterkamp in Frage. Dieses sei nur ganz selten der Fall.

Einvernehmlich wird der letzte Abschnitt (angelehnt an das Saerbecker Modell) gestrichen.

Die **Grüne Fraktion** fragt an, ob die Gemeinde Südlohn der Flugplatzverlängerung zugestimmt hat und bittet um Informationen.

Antwort der Verwaltung:

Beteiligung der Gemeinde Südlohn im Rahmen der Verlängerung der Startbahn des Flugplatzes Stadtlohn – Vreden

Die Gemeinde Südlohn ist im Rahmen des Verfahrens zur 8. Änderung des GEP für den Regierungsbezirk Münster – TA Münsterland – mit Schreiben vom 17.07.2002 beteiligt worden.

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss hat in seiner Sitzung am 09.10.2002 hierzu den folgenden Beschluss gefasst (Siehe Vorlage Nr. 70446 und Auszug aus der Niederschrift):

„Zu der 8. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Münster – Verlängerung der Start- und Landebahn des Flugplatzes Stadtlohn – Wenningfeld werden von der Gemeinde Südlohn keine Anregungen und Bedenken vorgebracht.

Beschluss: **23 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Der Gemeinderat beschließt den Entwurf des Konzepts zur Windenergienutzung als Grundlage für die weitere Planung zur räumlichen Steuerung von Windenergieanlagen in der Gemeinde Südlohn.

Beschluss: **22 Ja-Stimmen**
2 Enthaltungen

Hinsichtlich einer Möglichkeit zur Ausweisung einer Konzentrationszone im südlichen Gemeindegebiet sollen Gespräche mit der Stadt Borken geführt werden zwecks Prüfung, ob grenzüberschreitend eine Konzentrationszone dargestellt werden kann.

Beschluss: **20 Ja-Stimmen**
4 Enthaltungen

Der Gemeinderat beschließt eine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der Zukunftswerkstatt der Bürgerstiftung in Bezug auf Energieautarkie der Gemeinde zu erörtern und eventuell ein Konzept zu erarbeiten.

Von der Verwaltung wird vorgeschlagen, um lange Wartezeiten der geladenen Gäste zu vermeiden, den Tagesordnungspunkt I.6 „Weiterer Ausbau der U3-Betreuung im OT. Südlohn“ vorzuziehen.

Beschluss: **Einstimmig**

Der ursprüngliche TOP I.6 „Weiterer Ausbau der U3-Betreuung im OT: Südlohn“ wird TOP I.5, der ursprüngliche TOP I.5 „Fortschreibung des Regionalplans Münsterland“ wird TOP I.6.

TOP 5.: Weiterer Ausbau der U3-Betreuung im OT. Südlohn

Sitzungsvorlage-Nr.: 142/2014

Am 08.10.2014 fand ein Abstimmungsgespräch mit Vertretern der Kirche, der Zentralrendantur Ahaus-Vreden, Vertretern des Kreises Borken, dem Architekten sowie Vertretern des Rates und der Verwaltung der Gemeinde Südlohn statt.

Herr Hövel bittet Herrn Gantefort, noch einmal die beiden Varianten anhand eines Planes zu erläutern. **Herr Gantefort** stellt die beiden Varianten vor. Fragen seitens der Ratsmitglieder wurden von ihm hinreichend beantwortet.

Auf Nachfrage erläutert **Herr Wiemer**, Kreis Borken, FB Jugend und Familie, dass die Zahlen der Kinder verlässlich sind und Anmeldungen vorhanden sind. Zudem werden die Kinder immer jünger, auch in Südlohn und Oeding. Die Zahl der Anmeldungen der 2-jährigen steigt auf 70 %, die Tendenz ist steigend. Hierbei wurde das Angebot der Tagesmütter und -väter bereits mit berücksichtigt.

Auf Nachfrage der **CDU-Fraktion**, inwieweit die Inneneinrichtung weiter genutzt werden könne, erläutert **Herr Bonhoff**, Verbundleitung der Kindergärten, dass das Mobiliar, soweit es noch benutzbar ist, weiter genutzt wird, im St. Vitus-Kindergarten müssen die Räume neu eingerichtet werden, da das Mobiliar sehr alt ist.

Die **CDU-Fraktion** ist der Ansicht, dass bei der Beschaffung der Inneneinrichtung die politische Gemeinde mit beteiligt werden solle. Die Fraktion spricht sich für die Variante 1 aus. Es soll eine Haushaltssperre betreffend die Inneneinrichtung mit späterer Freigabe nach Prüfung erfolgen.

Die **UWG-Fraktion** betont, dass das Zuschussverhalten nicht geändert werden solle. Bereits 2013 wurden der St. Vitus- und der St. Jakobus-Kindergarten mit jeweils 100.000,00 € bezuschusst, weitere 50.000,00 € folgten für den St. Jakobus-Kindergarten. Nach Meinung der **UWG-Fraktion** solle 20 % der Bausumme gewährt werden wie für den Jakobuskindergarten. 250.000,00 € seien nicht gerechtfertigt, so die Fraktion.

Der **BM** macht auf die gesetzlichen Notwendigkeiten aufmerksam. Die Gemeinde sei in der Verpflichtung, die U3-Betreuung zu leisten. Zudem mach der **BM** auf die eventuell möglichen Klagen aufmerksam, falls diese Versorgung nicht geleistet würde, da die Eltern entsprechende Rechtsansprüche haben.

Herr Gewering, Leiter der Zentralrendantur Ahaus-Vreden, erklärt auf Nachfrage, dass die Finanzierung ohne Zuschüsse der politischen Gemeinde nicht gesichert sei. Die Kindpauschalen (Kibiz) seien nicht mehr auskömmlich, Rücklagen, die vorhanden waren, sind geschmolzen und Rücklagen, die über die Kirchensteuer finanziert werden, wurden ausgegeben.

Die **SPD-Fraktion** schlägt vor, dass für die Planung der Inneneinrichtung ein Gremium aus jeweils einem Vertreter der Fraktionen gebildet wird.

Die **Grüne Fraktion** spricht sich für die Finanzierung in Höhe von max. 200.000,00 € aus. Ein Sperrvermerk solle aber hierauf gesetzt werden.

Der **BM** macht auf die Fördermittelfrist, die Ende 2015 ausläuft, aufmerksam und bittet, dies zu berücksichtigen.

Die **CDU-Fraktion** schließt sich der Grüne Fraktion an und spricht sich für die Finanzierung in Höhe von max. 200.000,00 € aus. Die Fraktion sieht sich in der Verpflichtung, die Versorgung sicherzustellen. Weiter schlägt sie vor, die Beschlussvorschlag 2 mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Beschluss: **19 Ja-Stimmen**
5 Enthaltungen

Der Kath. Kirchengemeinde St. Vitus und St. Jakobus Südlohn wird für den weiteren Ausbau der U3-Betreuung im Kindergarten St. Vitus als freiwillige Leistung im Jahr 2015 ein gemeindlicher Zuschuss gewährt:

- a) in Höhe von 50 % der nicht durch Landesmittel und bestehende Rücklagen gedeckten Investitionskosten, jedoch max. 200.000,00 €, für die Umsetzung der Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im vorhandenen Kindergartengebäude zur Schaffung der notwendigen Räume für die U3-Betreuung,
- b) in Höhe von 50 %, jedoch max. 50.000,00 €, für die Anschaffung der Inneneinrichtung und die Neu- bzw. Ergänzungsgestaltung der Außenanlagen am geplanten Neubau einer 2-Gruppenanlage, wobei auf diese Bezuschussung ein Sperrvermerk gelegt wird. Es wird ein beratendes Gremium aus den im Rat vertretenen Fraktionen mit jeweils 1 Person sowie dem FDP-Ratsmitglied und einer Vertretung der Verwaltung eingesetzt, um die Begleitung der Anschaffung der Inneneinrichtung und die Neu- bzw. Ergänzungsgestaltung der Außenanlagen am geplanten Neubau einer 2-Gruppenanlage für die verdrängte Ü3-Betreuung zu begleiten.

Die entsprechenden Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan 2015 einzuplanen.

TOP 6.: **Fortschreibung des Regionalplans Münsterland, Sachlicher Teilplan Energie; Stellungnahme der Gemeinde Südlohn nach § 13 LPIG**

Sitzungsvorlage-Nr.: 136/2014

(RM Frau Sicking und RM Herr Kahmen sind während der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.)

Beschluss:

Einstimmig

Im Zuge der Beteiligung nach § 13 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LPIG) in Verbindung mit § 10 Raumordnungsgesetz (ROG) trägt die Gemeinde Südlohn im Erarbeitungsverfahren zur Fortschreibung des Regionalplans Münsterland, Sachlicher Teilplan Energie (Stand 30.06.2014) folgende Anregungen und Bedenken vor:

1. Zeichnerische Darstellung

Die dargestellten Windeignungsbereiche „Südlohn 1“ und „Südlohn 2“ decken sich im Wesentlichen mit der abschließend abgewogenen Planung und Darstellung im Flächennutzungsplan (17. Änderung aus dem Jahr 2001) der Gemeinde. Diese werden in ihrer modifizierten Form im Regionalplan dargestellt. Der auf Südlohn Gebiet liegende Teil der Vorrangfläche „Südlohn 3 / Stadtlohn 3“ stellt aus Sicht der Gemeinde Südlohn eine sinnvolle Weiterentwicklung in diesem Bereich dar. Hinsichtlich dieser Darstellungen werden seitens der Gemeinde Südlohn keine Anregungen vorgetragen oder Bedenken erhoben.

2. Textliche Darstellung

2.1 Erneuerbare Energien Windenergie

Die zeichnerisch dargestellten Windenergiebereiche sind zukünftig keine Eignungsgebiete nach § 8 Abs. 7 Nr. 3 ROG und entfalten daher ausschließlich eine Wirkung nach Innen. In diesen Bereichen sind andere raumbedeutsame Nutzungen ausgeschlossen, soweit sie mit dem Bau und Betrieb von Windkraftanlagen nicht vereinbar sind. Diese neue Regelung wird von der Gemeinde Südlohn befürwortet. Ebenso begrüßt die Gemeinde, dass unter Beachtung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung zukünftig auch außerhalb der Windvorranggebiete Konzentrationszonen auf der Ebene der Bauleitplanung dargestellt bzw. festgesetzt werden können. Diese grundsätzliche Änderung zur bisherigen Ausweisung im Regionalplan stärkt die Planungshoheit der Kommunen.

Hinsichtlich des Repowerings wird seitens der Gemeinde Südlohn angeregt zu prüfen, ob dieser Grundsatz auch als Ziel der Raumordnung formuliert werden kann. (Randnummer 88, Grundsatz 1)

2.2 Erneuerbare Energien Biomasse

Es werden keine Anregungen vorgetragen.

2.3 Erneuerbare Energien Solarenergie

Der Freiraum ist bereits jetzt einer Vielzahl von konkurrierenden Ansprüchen ausgesetzt. Mit einer möglichen Errichtung von flächenhaften Photovoltaikanlagen kommt ein weiterer Nutzungsanspruch hinzu. Daher wird die kritische Haltung zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen (siehe Randnummer 133, Ziel 9.1) grundsätzlich begrüßt. Der Flächenbedarf der Landwirtschaft und anderer wichtiger Freiraumnutzungen sollte nicht mit neuen und zusätzlichen Raumansprüchen weiter belastet werden. Es sollten vielmehr zunächst alle Möglichkeiten, Photovoltaikanlagen an oder auf Gebäuden zu errichten, ausgeschöpft werden. Hier gibt es noch reichlich Potential, ohne dass dafür u. a. für die Landwirtschaft oder andere wichtige Freiraumfunktionen wertvolle Flächen im planerischen Außenbereich in Anspruch genommen werden müssten. Grundsätzlich wird die Aussage begrüßt, dass geplante flächenhafte Photovoltaikanlagen beispielsweise auf Aufschüttungs- oder Abgrabeflächen, Konversionsflächen oder ähnlich geeigneten Standorten fokussiert werden sollen (siehe Randnummer 134, Ziel 9.2).

2.4 Bereiche für den Verbund erneuerbarer Energien (Energieparks)

Es werden keine Anregungen vorgetragen.

2.5 Kraftwerksstandorte

Es werden keine Anregungen vorgetragen.

2.6 Leitungsbänder

Es werden keine Anregungen vorgetragen.

2.7 Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten (Fracking)

Die ablehnenden Aussagen hinsichtlich des Fracking-Verfahrens zur Erdgasgewinnung werden seitens der Gemeinde Südlohn uneingeschränkt unterstützt. (Randnummer 195, Ziel 12)

TOP 7.: 3. Finanzzwischenbericht für die Gemeinde Südlohn und ihre Betriebe

Sitzungsvorlage-Nr.: 127/2014

(RM Frau Sicking und RM Herr Kahmen sind während der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.)

Nachfragen erfolgen nicht.

Beschluss: **Kenntnisnahme**

TOP 8.: Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2013

Sitzungsvorlage-Nr.: 100/2014

(RM Herr Kahmen ist während des Tagesordnungspunktes nicht im Sitzungssaal anwesend.)

Nachfragen erfolgen nicht.

Beschluss: **Kenntnisnahme**

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden zur Kenntnis genommen.

TOP 9.: Übertragung von Ermächtigungen

Sitzungsvorlage-Nr.: 101/2014

Nachfragen erfolgen nicht.

Beschluss: **Kenntnisnahme**

TOP 10.: Jahresabschluss für das Jahr 2013

Sitzungsvorlage-Nr.: 110/2014

(BM Herr Vedder nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil. Die Sitzungsleitung übernimmt der 1. stv. Bürgermeister Herr Alois Kahmen.)

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 03.09.2014 den Jahresabschluss 2013 geprüft. Der Ausschussvorsitzende, **RM Herr Bergup**, berichtet über die Sitzung. Einige Nachfragen aus der Sitzung wurden vollständig beantwortet, Unklarheiten ausgeräumt. Die Prüfung des Ausschusses hat zu keinen Beanstandungen geführt, so dass der Ausschuss sich dem Testat des Wirtschaftsprüfers anschließt und sich dies zu Eigen macht. Er stellt den Antrag auf vorbehaltlose Entlastung des Bürgermeisters.

In Anschluss an die Beschlussfassung dankt der 1. stv. Bürgermeister **Herr Alois Kahmen** namens des Gemeinderates dem **BM** und den Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Der **BM** dankt für das entgegengebrachte Vertrauen und die intensive Zusammenarbeit, insbesondere dankt er dem Team der Kämmerei.

Beschluss (1): **Einstimmig**

Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 und der Lagebericht werden in den vorliegenden Fassungen festgestellt. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind gem. § 96 Abs. 2 GO NRW öffentlich bekannt zu machen und zur Verfügung zu halten. Ebenso erfolgt eine Veröffentlichung im Internet.

Beschluss (2): **Einstimmig**

Der Jahresüberschuss in Höhe von 297.191,63 EUR wird der Ausgleichsrücklage zugeführt.

Beschluss (3): **22 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Dem Bürgermeister wird vorbehaltlos Entlastung erteilt.

TOP 11.: Gesamtabschluss für das Jahr 2013

Sitzungsvorlage-Nr.: 102/2014

*(**BM Herr Vedder** nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil. Die Sitzungsleitung übernimmt der 1. stv. Bürgermeister **Herr Alois Kahmen**.)*

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 03.09.2014 den Gesamtabschluss 2013 geprüft. Der Ausschussvorsitzende, **RM Herr Bergup**, berichtet über die Sitzung. Die Prüfung des Ausschusses hat zu keinen Beanstandungen geführt, so dass ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt worden ist. Er stellt den Antrag auf vorbehaltlose Entlastung des Bürgermeisters.

RM Herr Bergup weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die erforderliche Abwertung der Grundstücke im Baugebiet Burloer Straße West durch den Preisbeschluss des Rates die Ursache für das negative Jahresergebnis im Gesamtabschluss ist.

In Anschluss an die Beschlussfassung dankt der 1. stv. Bürgermeister **Herr Alois Kahmen** namens des Gemeinderates dem **BM** und den Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Der **BM** dankt für das entgegengebrachte Vertrauen und die intensive Zusammenarbeit, insbesondere dankt er dem Team der Kämmerei.

Beschluss (1): **Einstimmig**

Der Gesamtabschluss zum 31.12.2013 und der Lagebericht werden in den vorliegenden Fassungen festgestellt. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind gem. § 96 Abs. 2 GO NRW öffentlich bekannt zu machen und zur Verfügung zu halten. Ebenso erfolgt eine Veröffentlichung im Internet.

Beschluss(2): **Einstimmig**

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 882.050,58 EUR wird der Ausgleichsrücklage entnommen.

Beschluss(3): **22 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Dem Bürgermeister wird vorbehaltlos Entlastung erteilt.

TOP 12.: Änderung des Gesellschaftsvertrages Kommunale Dienstleistungsgesellschaft mbH

Sitzungsvorlage-Nr.: 126/2014

(RM Herr Plewa ist während der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.)

Beschluss: Einstimmig

Der Rat der Gemeinde Südlohn beschließt die Änderungen des Gesellschaftsvertrages in dem Umfang, wie in der den Ratsmitgliedern vorgelegten Synopse dargelegt.

TOP 13.: Einrichtung Orte des Gemeinsamen Lernens nach § 20 Abs. 5 SchulG (Schulgesetz Nordrhein-Westfalen)

Sitzungsvorlage-Nr.: 129/2014

Die Verwaltung teilt hierzu mit, dass lt. der Bezirksregierung Münster und des Kreises Borken die St. Vitus Grundschule Südlohn und die von-Galen Grundschule Oeding auch Orte des Gemeinsamen Lernens werden soll. Hierüber wird in der nächsten Ratssitzung beraten.

Beschluss: Einstimmig

Der Rat der Gemeinde Südlohn stimmt der Einrichtung der Roncalli-Hauptschule als dauerhaften Ort des Gemeinsamen Lernens gem. § 20 Abs. 5 SchulG zu.

TOP 14.: Konzept für die künftige Sperrmüllabfuhr

Sitzungsvorlage-Nr.: 116/2014

**Beschluss: 23 Ja-Stimmen
1 Enthaltung**

Ab dem 01.01.2015 wird die Sperrmüll- und Schrottabfuhr wie folgt durchgeführt:

- Die Sperrmüll- und Schrottabfuhrtermine finden 2 x im Jahr statt. Die Sperrmüllabfuhr erfolgt weiterhin bezirksweise.
- Die Abfuhr erfolgt nur nach Anmeldung. Eine Anmeldung kann telefonisch, per e-mail, durch Vordruck im Internet oder per Karte (versuchsweise) erfolgen.
- Der genaue Termin wird den Bürgern bei der Anmeldung oder 14 Tage vor dem Abholtermin mitgeteilt.

TOP 15.: Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung

Sitzungsvorlage-Nr.: 123/2014

**Beschluss: 22 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen**

Der Gemeinderat beschließt folgende Satzungsänderung:

Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Südlohn vom 06.03.2009

Aufgrund der §§ 7 und 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), der §§ 8 und 9 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LAbfG NW) vom 21.06.1988 (GV NRW S. 250), des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212ff.), § 7 der Gewerbeabfallverordnung vom 19.06.2002 (BGBl. I, S. 1938 ff.),

sowie des § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.02.1987 (BGBl. I S. 602), jeweils in der z.Zt. gültigen Fassung, beschließt der Rat der Gemeinde Südlohn folgende Satzung:

1. § 2 Abs. 2 wird Nr. 6 wie folgt eingefügt: „Einsammeln und Befördern von Alttextilien“. Die übrigen Nummern rücken entsprechend auf.
2. In § 2 Abs. 2, letzter Satz, wird hinter das Wort „Grünannahmestelle“ das Wort „Alttextilcontainer“ eingefügt.
3. In § 10 Abs. 3 werden hinter das Wort „Glas“ die Worte „und Alttextilien“ eingefügt.
4. In § 13 Abs. 4 wird hinter das Wort „Verbundstoffen,“ das Wort „Alttextilien,“ eingefügt.
5. § 16 wird wie folgt geändert:
 - in Abs. 1 werden die Worte „zu den im Abfallkalender genannten Terminen“ gestrichen.
 - in Abs. 2, letzter Satz werden die Worte „bzw. die Abholtermine für die Elektrogroßgeräte“ gestrichen.
 - Abs. 3, Satz 2 wird gestrichen.
6. § 16 wird um Absatz 5 wie folgt ergänzt:
Für die Abfuhr von Sperrmüll, Schrott und Elektrogroßgeräten ist eine vorherige Anmeldung bei der Gemeindeverwaltung erforderlich. Diese kann telefonisch, über das Internet oder mit den von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Abholkarten erfolgen. Der Termin für die Abfuhr wird dem Abfallbesitzer rechtzeitig mitgeteilt.

**TOP 16.: 27. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Südlohn
- Aufstellungsbeschluss -**

Sitzungsvorlage-Nr.: 134/2014

Der **BM** teilt mit, dass die Grundstücksverhandlungen erfolgreich waren und freut sich über das Angebot neuer Gewerbeflächen.

Beschluss: Einstimmig

1. Der Gemeinderat beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung der 27. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Südlohn.
2. Die geplante 27. Änderung des Flächennutzungsplans beinhaltet einen Änderungsbereich.

Änderungsbereich	Bisherige Darstellung	Zukünftige Darstellung
Pingelerhook III	Fläche für die Landwirtschaft	Gewerbliche Baufläche

3. Parallel zur Aufstellung der 27. Änderung des Flächennutzungsplans erfolgt gem. § 8 die Aufstellung des erforderlichen Bebauungsplans erfolgen.
4. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB soll in Form einer Bürgerversammlung erfolgen. Die öffentliche Auslegung erfolgt gem. § 3 Abs. 2 BauGB.
5. Der Aufstellungsbeschluss zur 27. Änderung des Flächennutzungsplanes ist öffentlich bekannt zu machen.

**TOP 17.: Bebauungsplan Nr. 54 'Gewerbe- und Industriegebiet 'Pingelerhook III' ' im Ortsteil Oeding
Aufstellungsbeschluss**

Sitzungsvorlage-Nr.: 135/2014

Beschluss: Einstimmig

6. Der Gemeinderat beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 54 „Gewerbe- und Industriegebiet Pingelerhook III“ im Ortsteil Oeding“ der Gemeinde Südlohn.

7. Das Plangebiet liegt nördlich der bestehenden Gewerbebereiche und beinhaltet die Grundstücke Gem. Oeding, Flur 21 Parz. 100 und 146 (tlw.) und Teile der Straßen- bzw. Wegeparzellen Gem. Oeding, Flur 6, Parz. 2252, 3253, 3255 sowie Gem. Oeding, Flur 21, Parz. 3 und umfasst eine Fläche von ca. 3,5 ha.
8. Inhalt und Ziel der Aufstellung dieses Bebauungsplans ist die Festsetzung von Gewerbegebieten gem. § 8 BauNVO und Industriegebieten gem. § 9 BauNVO, sowie die Planung und Festsetzung einer weiteren Anbindung der Gewerbebereiche an die Bundesstraße B70 im nordwestlichen Bereich.
9. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB soll in Form einer Bürgerversammlung erfolgen. Die öffentliche Auslegung erfolgt gem. § 3 Abs. 2 BauGB.
10. Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 54 „Gewerbe- und Industriegebiet ‚Pingelerhook III‘“ ist öffentlich bekannt zu machen.

TOP 18.: Überdachung Feuerwehrhaus Oeding

Sitzungsvorlage-Nr.: 140/2014

Beschluss: **21 Ja-Stimmen**
2 Nein-Stimmen
1 Enthaltungen

Der Rat der Gemeinde Südlohn beschließt, den Sperrvermerk HHSt. 12.02.01/6009.785.105 aufzuheben.

TOP 19.: Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst im Kreis Borken

Sitzungsvorlage-Nr.: 144/2014

Der **BM** freut sich, dass zu den bereits vorhandenen 10 Rettungswachen ein weiterer Rettungswachenstandort in der Gemeinde Südlohn geplant sei. Dies erhöht die Versorgungsqualität; künftig wäre rechnerisch innerhalb von 8 Minuten jeder Punkt im Gemeindegebiet erreichbar. Vorgesehen ist eine 12 Stunden besetzte Tageswache in der Zeit von 8.00 – 20.00 Uhr.

Seitens der **Grüne Fraktion** wird nachgefragt, die wie Zeit Versorgung zwischen 20.00 Uhr und 8.00 Uhr aussieht. Die Fraktion wünscht diesbezüglich einen Plan des Kreises Borken.

Antwort der Verwaltung:

Das Gemeindegebiet Südlohn ist der Rettungswache Stadtlohn zugeordnet und wird damit von der 24 Std. besetzten Rettungswache Stadtlohn versorgt. Mit Ausnahme eines kleinen Teilbereiches in Oeding-Feld ist dies auch innerhalb der für den ländlichen Bereich vorgegebenen Hilfsfrist von 12 Minuten (1 km je Minute), die einen groben planerischen Orientierungsrahmen darstellt, möglich.

Bei einer Detailanalyse der tatsächlichen Einsätze hat der Kreis Borken aber festgestellt, dass innerhalb der 12 Minuten-Hilfsfrist der Ortsteil Oeding jedoch nicht innerhalb des vom Kreis selbst gegebenen Zielerreichungsgrades (Sicherheitsniveau) mit einer Eintreffzeit von 90 % und einem Zielerreichungsgrad von 95 % versorgt wird. Da diese Werte für Oeding unterschritten werden, schlägt der Entwurf des Rettungsdienstbedarfsplanes zur Optimierung der Versorgung, insbesondere während der Tagstunden, die Errichtung einer weiteren Tages-Rettungswache in Südlohn vor. Da nur 1/3 des gesamten Einsatzaufkommens nachts (20:00 – 08:00 Uhr) erfolgt und die verkehrliche Situation sich dann entspannter darstellt, soll es dabei verbleiben, dass die Rettungswache Stadtlohn weiterhin nachts das gesamte Gemeindegebiet versorgt.

Die **CDU-Fraktion** schlägt vor, den Standort im Hinblick auf die Verkehrsverbindungen die neue Rettungswacht in Verbindung mit der bestehenden Feuerwehr in Südlohn zu sehen. Oberste Priorität solle sein, die Einrichtungen miteinander zu verzahnen.

Die **SPD-Fraktion** schlägt vor, dass stationäre Rettungssanitäter, die in der Gemeinde wohnen, diese Fehlzeiten abdecken könnten.

Beschluss: **23 Ja-Stimmen**

1 Enthaltung

Die Gemeinde Südlohn begrüßt die Planung, im Ortsteil Südlohn einen zusätzlichen Rettungswachenstandort zu realisieren und nimmt daher zustimmend von dem Entwurf der Fortschreibung des Rettungsbedarfsplans Kenntnis. Der konkrete Standort der neuen Rettungswache sollte zwischen dem Kreis Borken und der Gemeinde abgestimmt werden.

TOP 20.: Vorprüfung über evtl. Einsprüche sowie Feststellung der Gültigkeit der Kommunalwahlen vom 25.05.2014 gem. § 40 Abs. 1 und § 46 b KWahlG

Sitzungsvorlage-Nr.: 115/2014

(BM Vedder nimmt gem. § 46 e KWahlG nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.)

Herr van de Sand hat als Ausschussvorsitzender die Wahlprüfungsausschusssitzung am 17.09.2014 geleitet. Dort wurde festgestellt, dass Einsprüche gegen die Gültigkeit des Ergebnisses der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl vom 25.05.2014 nicht erhoben wurden. Er schlägt daher dem Gemeinderat vor, die Wahlen für gültig zu erklären.

Beschluss: Einstimmig

Da gegen die Gültigkeit der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen vom 25.05.2014 Einsprüche nicht erhoben wurden, schlägt der Wahlprüfungsausschuss dem Gemeinderat vor, die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen gem. § 40 Abs. 1 Buchstabe d und § 46 b KWahlG für gültig zu erklären.

TOP 21.: Antrag der UWG-Fraktion Südlohn-Oeding e.V. vom 07.10.2014 betr. Verabschiedung einer Resolution gegen die Abkommen TTIP, CETA, TiSA

Sitzungsvorlage-Nr.: 148/2014

Das Gemeinsame Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen wurde allen Ratsmitgliedern vorgelegt.

Einvernehmlich wird angeregt, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Ratssitzung am 10.12.2014 zu verschieben.

Anmerkung:

Gem. der als Anlage beigefügten Mitteilung des StGB NRW ist der Rat der Gemeinde Südlohn lediglich für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zuständig, soweit die Gemeindeordnung nichts anderes bestimmt, vgl. § 41 Abs. 1 GO.

Der Rat ist kein Parlament, wie etwa der Land- oder Bundestag, sondern Teil der Verwaltung. Eine Zuständigkeit des Rates ist hier in diesem Fall nicht gegeben.

Daher wird am 10.12.2014 das Thema nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Jedoch wird die Verwaltung die sachliche Kritik an dem geplanten Abkommen an die Politik weiterleiten.

Beschluss: -/-

TOP 22.: Mitteilungen und Anfragen

22.1.: Verkehrsrechtliche Anordnung Vennstraße, K 14

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Der **BM** teilt mit, dass die Verwaltung eine Verkehrsrechtliche Anordnung gem. § 45 der StVO erhalten hat. Aufgrund erfolgter Messungen wird die Geschwindigkeitsbeschränkung in beiden Richtungen auf 70 km/h festgesetzt. Die Beschränkung auf 70 km/h verringert die Haltesichtweiten auf das erforderliche Maß. Den-

noch ist anzumerken, dass ein Höchstmaß an Verkehrssicherheit nur erreicht werden kann, wenn der sichtbehindernde Bewuchs deutlich und dauerhaft reduziert wird. Die Beschränkung erstreckt sich über eine Länge von 750 m. Die Gefahrenstellen liegen am Beginn und Ende der Strecke. Eine Aufhebung des Verbotes auf der Geraden (250 m) zwischen den Kurven wäre unzweckmäßig.

Beschluss: -/-

22.2.: Kontaktschleife Kreuzungsbereich Winterswyker Straße / Schultenallee

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

RM Frau Penno erkundigt sich nach der Kontaktschleife im Kreuzungsbereich Winterswyker Straße / Jakobstraße, die im Zuge der Sanierungsarbeiten Winterswyker Straße beschädigt wurde.

Die Verwaltung erläutert, dass der Schaden dem Landesbetrieb Straßen NRW mitgeteilt wurde und voraussichtlich in der 44. Kalenderwoche behoben wird.

Beschluss: -/-

22.3.: Vennstraße, K 14 - Geschwindigkeitsbegrenzung

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

RM Herr Kahmen ist erfreut über die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h und regt an, die Schilder (Vorsicht spielende Kinder) stehen zu lassen.

Die **Verwaltung** wird dies an die Straßenverkehrsbehörde weitergeben.

Beschluss: -/-

22.4.: Laubcontainer

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

RM Herr Brüning beantragt einen Container für die Lohner Straße, damit die Anwohner ihr Laub vom Cohausz-Wäldchen dort entsorgen können. Er weist auf den Container in der Drosteallee hin. Die Verwaltung teilt mit, dass der Container in der Drosteallee eine Ausnahme sei, da dort amerikanische Eichen stünden, die besonders viel Laub abwerfen.

Beschluss: -/-

22.5.: Protokoll Verkehrsschau

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

(RM Herr Lüdiger und RM van de Sand sind während dieses Tagesordnungspunktes nicht im Sitzungssaal anwesend.)

RM Herr Hövel erkundigt sich nach dem Protokoll der Verkehrsschau am 21.05.2014. Die Verwaltung teilt mit, dass das Protokoll erst kürzlich fertiggestellt wurde. Das Protokoll wird als Anlage dieser Niederschrift beigefügt.

Beschluss: -/-

22.6.: Kriegerehrenmal in Südlohn

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

(RM Herr Lüdiger und RM van de Sand sind während dieses Tagesordnungspunktes nicht im Sitzungssaal anwesend.)

RM Herr Hövel erkundigt sich nach den Kosten für die Sanierung des Kriegerehrenmals in Südlohn. Die Verwaltung gibt entsprechende Erläuterungen ab.

Beschluss: -/-

22.7.: Fresenhorst

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

(RM Herr Lüdiger und RM van de Sand sind während dieses Tagesordnungspunktes nicht im Sitzungssaal anwesend.)

RM Herr Schleif erkundigt sich nach den Straßenbaumaßnahmen in der Fresenhorst. Die Verwaltung gibt bekannt, dass dort ein Durchlass erneuert wird.

Beschluss: -/-

22.8.: Kontaktschleife Kreuzungsbereich Winterswyker Straße / Schultenallee

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

(RM Herr Lüdiger und RM van de Sand sind während dieses Tagesordnungspunktes nicht im Sitzungssaal anwesend.)

RM Herr Plewa fragt an, wer die Kosten für die Reparatur der Kontaktschleife übernimmt. Die Verwaltung antwortet, dass die Kosten vom Land getragen werden.

Beschluss: -/-

22.9.: Uferweg in Südlohn

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

(RM Herr Lüdiger und RM van de Sand sind während dieses Tagesordnungspunktes nicht im Sitzungssaal anwesend.)

RM Herr Brüning merkt an, dass der Uferweg in Höhe des Henricus-Stiftes unschön aussieht und fragt, wie Abhilfe geschaffen werden soll. Die Verwaltung verweist auf den Beschluss im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss am 24.09.2014, TOP I.5.3.

Beschluss: -/-

22.10.: Sperrung Wirtschaftsweg Hessinghook

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Der **BM** erläuterte den Hintergrund der Aufhebung der Sperrung eines Wirtschaftsweges im Hessinghook.

Beschluss: -/-

22.11.: Grüne Grenze am Gehöft Thering

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

RM Herr Osterholt fragt an, ob an der grünen Grenze am Gehöft Thering die Bake wieder aufgestellt werden könne, da er befürchtet, dass der Wirtschaftsweg dadurch zerstört würde. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Beschluss: -/-

Christian Vedder
Bürgermeister

Eva Mensing
Schriftführerin